

Ihre Halle vierteljährlich bei monatlicher Abrechnung 2.50 M., durch die Post 2.75 M., enthält Zustellungsgebühr, Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Morgen-Ausgabe. Saale-Zeitung.

Dreihundvierzigster Jahrgang.

werden die Challengen oder deren Mann mit 30 Pf., oder auf Halle mit 20 Pf. berechnet und in der Geschäftsstelle, St. Ulrichstraße 63, I. sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen.

Nr. 553.

Halle a. S., Freitag, den 26. November.

1909.

An die Wahlurne — heute — mit dem Stimmzettel des bürgerlichen Kandidaten Reimann!

Vom ersten Abgeordneten des Saalkreises.

Von Dr. fr. Krumbholz.

Manche Leser, die heute zur Wahlurne schreiten, um ihrem Wahlkreise einen neuen Vertreter fürs Reich zu füren, wird es nicht unberührt lassen, etwas vom ersten Abgeordneten des Saalkreises zu hören. Der erste Abgeordnete des Saalkreises wurde ins Frankfurter Parlament gewählt; das alte Deutsche Reich mit den Schatten seiner Erinnerungen stieg wieder empor aus den dampfenden Nebeln der die Grundfesten des Bestehenden erschütternden Explosion des Jahres 1848.

Deutsches Reich.

Präsident Rumpff in London.

(Die deutsch-englischen Handelsbeziehungen)

Die lange Reihe freundschaftlicher Kundgebungen hervortretender Engländer und Deutscher zuzunehmen eines besseren Einernnehmens zwischen beiden Ländern hat auf dem Festlande der Londoner Handelskammer eine glanzvolle Fortsetzung erfahren.

Präsident Rumpff

das Wort zu einer Rede, in der er folgendes ausführte: Die Londoner Handelskammer leistet den Interessen des Handels, sowie den Interessen der allgemeinen Politik einen ausgezeichneten Dienst dadurch, daß sie zu ihren jährlichen Banquets auch ihre auswärtigen Freunde einläßt und so ihren Banquets einen internationalen Charakter gibt.

Botschafter Graf Wolff-Meternich

helt zum Schluß folgende Ansprache: „Der Meinungsaustausch habe klar bewiesen, daß die kommerziellen Körperkäfte der beiden Länder gewiß sind, ihr friedlich es Wert Seite an Seite fortzuführen, und daß sie nicht in Streit und Feindschaft miteinander leben wollten, wie oft fälschlich behauptet werde.“

Personenstands- und Eheschließungsurkunden.

Beim Bundesrat und Reichstag ist eine Petition eingegangen über eine Ergänzung des Gesetzes vom 6. Febr. 1875 über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung dahingehend, daß die Verlobten die Bescheinigung eines approbierten Arztes beizubringen haben, aus der hervorgeht, daß sie eine ärztliche Verurteilung im Hinblick auf die beabsichtigte Eheschließung in Anspruch genommen haben.

undheitszustand, ohne daß im übrigen ihrer freien Entscheidung Gewalt angetan werden soll.

Die Petition geht von dem Gedanken aus, es müsse dem Volke zum Bewußtsein gebracht werden, daß für die Ehe Gesundheit der Gatten ein wesentliches Erfordernis ist.

Hieraus leitet die Petition auch eine Förderung des allgemeinen Volksstandes her, weil weniger Geldmittel und Kräfte sowohl des einzelnen als auch der Gemeinden durch die Fürsorge für Kranke und Schwache verbraucht würden.

Die Zulassung des industriellen Wahlstands durch den „Zentralverband der Industriellen“ gibt dem „Gewerkeverein“, dem Zentralorgan der Hirsch-Dundertianer, Anlaß zu einer ernsten Mahnung.

„Liegt nicht in diesem ganzen Vorgehen auch ein deutlicher Fingerzeig für die deutschen Arbeiter? Zeigen nicht auch die Pläne des Herrn Bueck, daß die Deutschen Gewerkevereine sich auf den richtigen Wege befinden, wenn sie sich frei und unabhängig halten von jeder Parteipolitik, ihren Mitgliedern aber bringen aus Satz legen, sich außerhalb der Organisation in den politischen Vereinen rege zu betätigen und die Vereine und damit indirekt die Parteien im Sinne ungeringer Forderungen zu beeinflussen?“

In diesen Ausführungen liegt viel Wahres. Aber die Entwicklung ist leider vielfach einen anderen Weg gegangen.

Kleine politische Nachrichten.

Ueber die Suspendierung der Bonner Fürsten hat der Kultusminister vom Senate der Universität Bonn einen Bericht eingefordert. Es wird angenommen, daß der Bericht zur Vorlage an den Kaiser bestimmt ist.

Wie ein Erlaß des preussischen Finanzministers die Oberzolldirektionen hervorhebt, machen verschiedene Zollstellen den Einlaß von Wein mit ein von dem Nachweise seiner Einfuhrfähigkeit abhängig.

Verlaß königlicher Schöffler. Die bisher noch ausstehende Genehmigung des Königs zum Verkauf des Schlosses Jägerhof an die Stadt Düsseldorf ist jetzt erfolgt.

Landgerichtspräsident Wolff in Düsseldorf ist zum Präsidenten des Oberlandesgerichts in Celle ernannt worden. Gerichtspräsident am 15. Juni 1878, erfolgte am 1. Oktober 1879 seine Ernennung zum Amtsrichter bei dem Amtsgericht in Krefeld und im Dezember 1888 zum Amtsgerichtspräsidenten.

Heer und Flotte.

Folgender Marinebefehl des Kaisers veröffentlicht das Marinereorganisationsblatt:

Am 23. November verstarb in Berlin Mein Generaladjutant, der Admiral A la suite des Geoffiliers Freiherr von Soden-Sibiran. Der Verstorbene hat Mir, Meiner Marine und dem Vaterlande lange Jahre hervorragende Dienste geleistet, besonders in seiner beinahe 17jährigen Tätigkeit als Chef Meines Marinekabinetts. Ich betraue auch tiefs in den Heimang dieses ausgezeichneten Mannes und bestimme, um sein Andenken zu ehren: 1. Sämtliche Flaggoffiziere Meiner Marine, sowie die jetzigen und früheren Offiziere Meines Marinekabinetts legen für drei Tage Trauer an. 2. In den Befehlsverordnungen nehmen teil: der Chef und die Offiziere Meines Marinekabinetts. Ich beauftrage Sie, vorstehendes der Marine jeglich bekannt zu machen.

Breslau, den 23. November 1909.

Wilhelm.

Ausland.

Die Judenfrage in Finnland.

Der „Königlich Finl.“ wird aus Helsingfors gemeldet: Der Landtag hat noch kurz vor seinem unfreiwilligen Ende den Beschluß gefaßt, an den Kaiser eine Bittschrift um eine Vorlage über Verbesserung der Stellung der Juden in Finnland zu richten. Die hier angelegte billige Berücksichtigung besteht nicht die mindesten politischen und Gemeindefragen und darf sich überhaupt nicht auf Grund einer halbherzig zu erneuernden kaiserlichen Außenpolitik im Reichsrat aufhalten. Aber die früheren Landtage ließen alle Anträge zur Veränderung dieser traurigen Verhältnisse unbeachtet. Auch im letzten Landtag gab es noch eine ganze Menge Anhänger der mittelalterlichen Beschränkung der Juden. Die Petition an den Kaiser wurde mit 112 gegen 43 Stimmen beschloffen. In dessen ist es zweifelhaft ob er einen Erfolg hat, da ja nach einem vom russischen Ministerialrat zur Geltung gebrachten Grundgesetz Beschlüsse eines aufgelösten Landtags keine Rechtsgültigkeit besitzen sollen.

Die Vereinigten Staaten im Stillen Ozean.

(Die Neutralität des Panamakanals.)

Wie im Anfangs an frühere Meldungen aus New York berichtet wird, hat die amerikanische Heer- und Flottenkommission unter Zustimmung des Präsidenten entschieden, daß Pearl Harbor auf Hawaii die Hauptstützpunkte der Vereinigten Staaten im Stillen Ozean werden soll. Diese Entscheidung heubet den seit langer Zeit währenden Streit zwischen Marines- und Militärschiffen ab. Die ersteren waren für Olongapo in den Philippinen, wegen die letzteren behaupteten, daß dieser Platz einem Angriff von der Landseite ausgesetzt liege. Man hatte sogar bereits mit den Arbeitern in Olongapo begonnen, als die gemeinsame Kommission eingeleitet wurde. Olongapo wird wohl in nächster Zeit noch in den Philippinen als Stützpunkt dienen müssen, da sich dort das große Trockendock befinden. Aber es ist wahrscheinlich, daß eventuell die Corregidor-Insel am Eingang des Hafens von Manila die Stützpunkte für den Ankerplatz und zur Unterstützung für Pearl-Hafen werden sollen. Es sei noch erwähnt, daß diese Inseln in dem Stillen Ozean verhältnismäßig isoliert sind. Die großen Handelsstraßen konvergieren alle nach diesem Punkte. Da die Fahrt von Pearl-Hafen nach Panama nur 8 bis 10 Tage beträgt, so liegt die Wichtigkeit Pearl Harbours zum Teil auch darin, die Neutralität des Panamakanals zu sichern. Die amerikanische Flotte wird in Pearl-Hafen, dem Schlüssel zum Stillen Ozean, eine ausgezeichnete Operationsbasis finden. Die Vorarbeiten zur Errichtung eines Trockendocks von 820 Fuß Länge haben begonnen. Durch mittragende Bomben und Minen kann Pearl Harbor fast uneinnehmbar gemacht werden.

Kleine Tagesnachrichten.

Proteste gegen die Verschärfung des Alkohols.

In Lyon wurden sämtliche Cafés und Kneipen zum Protest gegen die neuen Verbrauchsteuern des Budgetprojekts Cochers geschlossen. Es fand ein großes Protestmeeting statt, worin die Verschärfung des Alkohols, sowie die Konzeptions- und die Weinbrandsteuer kritisch verworfen wurden. Ein fälschlicher Zug bewegte sich jedoch durch die stillen Straßen zur Prefektur. Auch in Paris fand eine heftige Protestdemonstration der Gastwirte gegen die neuen Steuern statt.

Zwei russische Konjunkt.

Die in Südburien reisen, wurden von Nomaden angegriffen; ein russischer Kofal wurde getötet, ein russischer und zwei persische Kofalen wurden verhandelt.

Halle und Umgebung.

Dalle a. S. 28. November.

Zur Wahl.

Sozialdemokratie und Schulpolitik.

Aus Lehrerkreisen schreibt man uns:

Vor den Stadtverordnetenwahlen und nun wieder vor der Reichstagswahl beschäftigt sich das hiesige Volkstheil eingehend mit der Stellung des Freireichs zu den einzelnen Fragen der Schulpolitik. Der Schulpolitiker des Volkstheils zeigt eine erschreckende Unkenntnis der einzelnen Vorgänge im Landtage und in großen Lehrerversammlungen. So behauptet er u. a., der bekannte freireichliche Schulmann Teus sei ein Gegner der Einheitschule. Der Teus Schriften nur flüchtig kennt, muß zugeben, daß die Behauptung der reinste Unsinn ist. Teus schreibt nämlich in seinen Schulkämpfen der Gegenwart:

„Die wichtigste und einschneidendste Forderung im Schulprogramm der deutschen Lehrerschaft ist die, allen Kindern im Staate alle Bildungsanstalten in gleicher Weise und in gleicher Vollkommenheit zugänglich zu machen.“

Dieser Satz enthält Klipp und Klar die Forderung der Einheitschule. Das Volkstheil stellt die Wahrheit an den Kopf. Wehrlich steht es mit anderen Behauptungen. Es würde zu weit führen, alles im einzelnen zu widerlegen oder richtig zu stellen. Nun spielt aber das Volkstheil am Schluß seiner Artikelserie einen besonderen Trümpf aus. Es sagt in Sperrdruck: „Gar nicht zu reden von der jüdischen Christenheit der materiellen Interessen der Lehrerschaft, die besonders in jüngerer Zeit erst wieder weite Kreise in berechtigter Erregung verlegt hat.“

Es weist auf Berlin hin, und sagt von Schöneberg:

„Dort hat man auch den Lehramt der Vorleser trotz ihrer geringeren Arbeitszeit, überhaupt geringeren Leistungen, noch eine besondere Gehaltserhöhung zuteil werden lassen.“

Da scheint es doch notwendig zu sein, einmal das Verhalten der sozialdemokratischen Stadtverordneten, denn es handelt sich bei all diesen Vorwürfen gegen den Freireich nicht um Vorgänge im Parlamente, sondern in Stadtverordnetenversammlungen, kurz zu beleuchten, und wir wollen gleich — das Gute liegt lohn — die fünf sozialdemokratischen Führer im hiesigen Stadtparlament herausgreifen und ihr Verhalten bei der Besprechung der materiellen Interessen der hiesigen Volksschullehrer an unwiderleglichen Tatsachen zeigen.

Als im Jahre 1908 alle Staatsbeamten eine Teuerungszulage erhielten und die städtischen Lehrer von der Regierung und dem Landtag an die Gemeinden verwiesen wurden, reichten auch die hiesigen Volksschullehrer eine Bitte um Gewährung einer Teuerungszulage ein. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten lehnten die Bewilligung einer Zulage ab.

Bei der Besprechung des Wohnungsgeldzuschusses im Stadtverordnetenrat beämpfte der Führer der hiesigen Sozialdemokraten, Herr Thiele, die Verlesung Falles aus Klasse C nach B nicht etwa an der Hand statistischen Materials — das wäre lässlich gewesen — sondern aus prinzipiellen Gründen, aus beamteten- und lehrenerfühligen Motiven. Bei der Abstimmung stimmten ihm die „Genossen“ zu.

Als im März d. J. die Regelung der Lehrergehälter zur Beratung stand, bewilligten dieselben sozialdemokratischen Stadtverordneten den Lehramt von den ihnen so hartnäckig bekämpften Vorlesern eine Zulage bis zu 900 Mark ohne den geringsten Widerspruch (es lie ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich nicht um eine gesetzliche Notwendigkeit handelte), die Forderung der Volksschullehrer, der Lehrer der Arbeiterkinder, ihnen zu gleicher Zeit eine entsprechende Ortszulage zu gewähren, wurde von Thiele und Genossen als hartnäckig bekämpft; er bewilligte ihnen nicht einen roten Pfennig Ortszulage. Herr Thiele, der noch ein Jahr vorher als Redakteur im Volkstheil schreiben ließ, die Lehrer möchten nun endlich aufhören zu bitten, lie möchten den Junkern und Kommunalverwaltungen gegenüber fordern, wandte sich sogar gegen die Agitation der Schulpflicht.

Dasselbe Schauspiel wiederholte sich im Juni d. J.; als diesmal einige „liberale“ Stadtverordnete den Antrag stellten, den Volksschullehrern von 1910 an eine Zulage zu gewähren, trat wieder der Sozialdemokrat auf und bekämpfte diesen Antrag aufs schärfste; seine drei Genossen, die Führer der hiesigen Sozialdemokraten, stimmten ihm zu.

Das Volkstheil nennt es eine Brüstierung der materiellen Interessen der Volksschullehrerschaft, wenn der Berliner Kommunalfreireich eine Zulage von 750 Mark gewährt.

Wo steht aber die Stellung der Redaktion und die der anderen Führer zu dem Verhalten der eigenen Freunde im hiesigen Stadtparlament? Dem Volkstheil lie kurz gesagt, es möge ruhig erst im eigenen Lager für Volkshilfsfreundlichkeit sorgen. Seinen bisherigen schulpolitischen Artikeln fehlt jede moralische Kraft und Wirkung. Die Beamten und Lehrer besitzen des Rates der Sozialdemokraten nicht, sie wissen allein, wie sie sich bei der Reichstags- und Stadtverordnetenwahl zu verhalten haben.

*

Ein letztes Wort in letzter Stunde.

Nach am letzten Abend vor der Wahl haben die Liberalen eine Wahlerklärung einkommen. In hellen Scharen strömten die Freunde der bürgerlichen Parteien herbei, so daß der Saal bis aufs letzte Plätzchen besetzt war. Der glänzende Verlauf der Versammlung und das weitgehende Interesse vorerger Bürger, das aus der großen Halle der Erläuterungen hervorging, erweckt die schönsten Hoffnungen dafür, daß heute der Sieg unser wird.

Nach der Begrüßungsrede des Herrn Rechtsanwalts Herzfeld ergriff

Herr Dr. Wiemer

Reichstags- und Landtagsabg. für Nordhausen, das Wort. Es wäre zwar nicht mehr nötig diejenigen, denen das Wahl des Vaterlandes und das eigene Wohl am Herzen liegt, dazu aufzufordern, für unsere Sache einzutreten. Aber die widerlichen Angriffe der Sozialdemokraten, ihr Sauberecken, zwingt uns dazu, noch in letzter Stunde diese Annäherung zurückzujagen.

Sundermal haben wir es gesehen, daß die Inquiritenden, ohne sich zu bekümmern — bei anderen Wahlen —, Jettel für den roten Kandidaten abgeben haben. Mit Recht sind außerordentlich viele unserer Mitglieder unzufrieden. Aber ihre Zustimmung kann sich nicht legen, wenn sie ihre Stimme der Sozialdemokratie geben, die auf Zustimmung und Unzufriedenheit sich aufbaut und die ohne diese in sich zusammenbrechen würde.

Somit, wo die verheißte Wirkung einer Finanzpolitik zutage tritt, ist die Zustimmung allgemein.

Was hat denn die Sozialdemokratie gezeigt? Als sich ihre Mandate gemehrt hatten, war die Folge davon die Finanzreform, über die jetzt allgemein geklagt wird. Hätten statt der Sozialdemokraten ebenso die Liberalen im Parlamente gesessen, so wäre eine Politik möglich gewesen, die die seitige Finanzreform zum großen Teil überflüssig gemacht hätte.

Nachdem aber, wo Aufführung geschaffen ward, wo die falschen, kindlichen Behauptungen der Sozialdemokratie objektiv und sachlich dargelegt wurden, da sind die Mandate der Freireichigen und der Liberalen gewonnen.

Soll man sich an den Tatsachen, steht man die Zustimmung der Freireichigen im Reichstage an, so sehen wir, daß unsere Abgeordneten diesen kleinen Parteien es natürlich zuzugeben, auch hier die Sozialdemokraten bringen sie in die Verhandlungen des Reichstages bringen die sozialdemokratischen Blätter tendenziöse Berichte. Freilich, prübe ist die Sozialdemokratie nicht

in ihren Kampfesmitteln, wenn es sich um die Gegner handelt. Kauffisch spricht der Sozialdemokratie ja sogar das Recht zu schuldigem Ganzen. Die Sozialdemokratie hat keine Verleumdungen, Böden mit solchen Waffen zu kämpfen. Je weniger genau es die Sozialdemokraten mit der Wahrheit nehmen, desto christlicher wollen wir kämpfen.

Wir haben von Anfang an kein Hehl daraus gemacht, daß wir die Finanzen des Reiches reformiert haben wollen. Aber die Sozialdemokratie? Wenn sie das durchsetzen wollte, was ihr Ziel ist, so müßten die Steuern ins Ungeheure wachsen. Wenn es sich aber um die Zustimmung handelt, dann können sie gegen die Steuern, die für die Allgemeinheit dringend notwendig sind.

Gerade die Haltung der Sozialdemokratie in entscheidenden Momenten hat die Schuld daran, daß sich eine reaktionäre Mehrheit zumangekommen hat, die die unglückliche Reichsfinanzreform herbeigeführt hat.

Die sozialdemokratische Partei hat ihre Angriffe und Anzettelungen ins Maßlose fortgesetzt, besonders auch wegen unserer Zustimmung zu den indirekten Steuern. Wir haben immer erklärt: Je mehr wir an direkten Steuern heraushehlen können aus dem Reichen und Wohlhabenden, desto mehr freut es uns. Und wir haben unsere Zustimmung zu den indirekten Steuern nur unter dieser Bedingung gegeben, daß unsere Forderungen in Bezug auf direkte Steuern durchgehen.

Aber natürlich, jeder Vernünftige sieht ein, daß es unmöglich ist, ohne indirekte Steuern auszukommen. Denn die Reichen würden dann einfach wegziehen. Bedinglich tendenziöse Parteipolitik kann aus unserem Vorgehen aus einen Reizwort machen.

Hunderttausende Blüten treiben die Parteiführer der Sozialdemokraten. Anlässig der Frage, ob man in wirtschaftlich erst, mit den Liberalen zusammenzugehen könne, wird diese „Zusammensetzung“ mit Entrüstung abgelehnt. Am nächsten Tag nehmen die Führer das zurück. Und wieder ein Tag! Wir dürfen nicht daran, von unserem Prinzip abzuweichen. Wir haben mit den Liberalen nichts zu tun! „In in die Kartoffeln, raus aus die Kartoffeln, rein in die Kartoffeln. ...“ Die Führer einer drei Millionen Menschen umfassenden Partei sollten eigentlich schon wissen, was sie wollen. Aber da sie es nicht wissen, dürfen wir ihnen ihre Taktik auch nicht so libel nehmen.

Worauf es bei der Gestaltung der Finanzen in der neuen Session ankommt, das ist die Sparmaßnahme. Wir werden diese Forderung von neuem aufstellen müssen. Zu dem neuen Steuerreformgesetz abermüßte sofortlich die Frage sein, was die Steuerzahler für den Kaiser werden, was er brauche und das auszugeben, was Herr Teus zusammengebracht habe. Wir glauben, daß das Gegenteil der Fall ist. Natürlich, was notwendig ist für das Heer und die Marine, das muß ausgegeben werden. Aber auf anderen Seiten kann gespart werden, z. B. beim Pensionsfonds; dann auch bei der Marine. Die unkaufmännische Wirtschaft muß aufhören. Wir haben anlässlich der Affäre bei den Kleier Werften schon eine entsprechende Interpellation eingebracht. Denn die Steuerzahler dürfen nicht unnötig belastet werden.

Die Sozialdemokratie wirkt uns weiter vor, daß die Freireichigen zwar ein vorzügliches Programm haben, daß unsere Abgeordneten sich aber nicht danach richten. Das ist ein großer Mangel. Selbstverständlich, die trefflichen Reformforderungen des selbstgeleiteten freireichigen Programms sind nicht abzuweichen. Wir aber würden unser Programm nicht einhalten? Wir hätten unsere Ziele nicht erreicht und darum müßten sie unser Programm zum Teil durchsetzen? Aber warum haben wir unser Ziel nicht erreicht? Erstens haben wir nicht genügend Mandate gehabt und dann sind uns die Sozialdemokraten zu sehr entgegengetreten. Aber immerhin, ein großer Teil der guten Geister ist uns zu verdanken. Die Freireichigen und Sozialdemokraten greifen uns auch da an, wo sie allen Grund hätten, uns zu unterstützen. Die StraßenDemonstrationen — wie die in Frankfurt —, die nur den Gegnern einer Reform Vorteil bringen, machen wir freilich nicht mit.

Die Sozialdemokratie hat den Satz: „Wir sind uns als eine Notwendigkeit erklärt.“ In Berlin haben 4 Mandate falliert werden müssen, weil die Sozialdemokratie auf die von ihnen erhobenen Wirt und keinen Kaufleute einen Druck ausgeübt hat.

Wir müssen das auf Entscheidung absehen. Denn wir Freireichigen verlangen volle Meinungsfreiheit. Wenn die Sozialdemokraten behaupten, sie handeln lo aus Notwehr, so ist das eine

windige Klug.

Die armen Wirt und Kleinen Händler haben ihnen gar nichts getan.

Wir hatten an unserem Programm fest. Die Sozialdemokratie aber geht fortwährend von ihrem Programm ab. Denn ihr kommt es nicht auf das Durchsetzen ihrer Ziele an, sondern auf das Erlangen der politischen Macht.

Wo kommen die meisten Klagen der sozialdemokratischen Arbeiter her? Da, wo auch die Arbeiter Sozialdemokraten sind. Man denke nur an die Vorgänge in der Druckerei des „Vorwärts“.

Am Programm der Sozialdemokratie steht: Die geistige Arbeit darf nicht besser bezahlt werden als die körperliche. Warum werden denn dann die sozialdemokratischen Redakteure und die sozialdemokratischen Parteiführer mit so hohen Gehältern bezahlt? Da sagt Herr Reibel: Was wollen wir denn; wir bekommen sonst ja keine geordneten Redakteure! Na, sie bekommen trödem keine geordneten Redakteure. Und von wollen sie Reibel? Na, sie wollen ihre Rechte sehen, die die „Männer des Proletariats“. So wie wollen sie denn den Staat leiten, wenn sie schon nach ihren Redakteuren mit Daten suchen müssen?

Unser Herr Reimann ereißt das Klubbrot der Sozialdemokraten an. Es behauptet, daß von der Hälfte der Redakteure, zu der auch Herr Reimann gehört, die Mittel, mit denen unsere Partei arbeitet, aufgebracht werden. Na, ich hätte ja nichts daran, wenn die Redakteure uns mehr arbeiten wollten. Na, der ich zu den Redakteuren her Freireichigen achte, mehr, das unsere Mittel noch den Freireichigen und dem Reichstag zu werben. Herr Reimann wird als Redakteur anwesend! Nun Herr Schauer ist Minister, Herr Reibel hat ein schönes schönes Amt in der Schweiz; von der halben Million, die er erhält, hat er nicht allmählich seiner Partei abgeben. Auch Herr Wrons, der Schmeichelehn von Reichsminister, behält nicht ein Cent an die Armen und Herr von Polmar behält kein Cent Haus am Waldsee. Die Mittel der Sozialdemokraten, die kommen zum großen Teil von den Reichen und Kleinen.

Und was die Stellung der Sozialdemokraten zu den Arbeitern betrifft, so kann ich nur erneut erwähnen: wir vertreten die Arbeiter für unsere Volkshilfsfähigkeit vor vertreten und daß wir alles daran legen, um das Wohl der Arbeiter herbeizuführen. Aber wie haben da immer

